

Chronik Schweiz

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Die Staatsbürgerin : Zeitschrift für politische Frauenbestrebungen**

Band (Jahr): **15 (1959)**

Heft 12

PDF erstellt am: **26.06.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

nur von den Männern gestaltet werden, die Frauen müssen dabei sein. Bei Personalfragen haben die Frauen oft den besseren Instinkt, um den rechten Mann oder die rechte Frau an den richtigen Platz zu setzen. Im Rat hört man gerne auf die Stimme der Frau. Sie sind wichtige Bindeglieder zwischen den Gruppen und Fraktionen und bilden oft die Brücke. Anerkennende Worte zollte der OBM unserer „SAFFA“ als ein grossartiges Werk der Schweizer Frauen. Und dann beantwortete er die Anregungen und Wünsche von der letzten Bürgerinnenversammlung. Alles wurde eingehend geprüft, ein Teil davon erledigt. Der Rest konnte aus bestimmten Gründen noch nicht ausgeführt werden. Anschliessend meldeten sich die Frauen zum Wort, um mit ihren Anliegen an das Stadtoberhaupt zu gelangen. Dieser erklärte, er verspreche nichts, aber alles werde geprüft. Sehr vieles hatten die Fragenden auf dem Herzen. Hier einige Forderungen: Parkierungsverbot an bestimmten Strassen, Erstellung von Telefonkabinen, Errichtung eines weiteren Postamtes in neuerstellten Quartieren, eine Uhr am Münsterplatz, mehr Bänke zum Ausruhen, die Polizei möchte mit den jugendlichen Ruhestörern strenger verfahren, mehr Schul-, Kindergarten- und Horträume, zur Verfügungstellen von Werkräumen für die Schüler zum Basteln an freien Nachmittagen, vermehrte Erstellung von Pflegeabteilungen in Altersheimen, mehr Wohnungen speziell für die 150 Familien, die noch heimkommen möchten. Zur Frage nach dem Theater-Neubau hofft der OBM, dass dieses Projekt bald verwirklicht werden kann. Nach der bisherigen Erstellung von 12 000 neuen Wohnungen und 14 neuen Schulen verdienen sie, eine neue Kulturstätte zu erhalten.

Interessant waren die Ausführungen einer Bürgerin zum Thema Wohnungsnot. In den letzten 14 Tagen wurden 3 neue Warenhäuser eröffnet. Man sollte die Besitzer dieser Kaufhäuser verpflichten, für einen Teil des Personals, das von auswärts kommt, Wohnungen zu erstellen.

Der vorgerückten Zeit wegen — es war bisweilen 23 Uhr geworden — konnte eine grosse Anzahl Anliegen nicht mehr an die Adresse des OBM gerichtet werden. Für uns Schweizerfrauen war diese „Frage- und Antwortstunde“ ein besonderes Erlebnis und hat uns tief beeindruckt.

Anna Vonwiller-Krebs.

CHRONIK Schweiz

Jungbürger- und Jungbürgerinnenfeier 1959 in Zürich

Am 22. November fand im Grossen Saal des Kongresshauses die Jungbürger- und Jungbürgerinnenfeier statt, wozu 4336 Schweizer und Schweizerinnen des Jahrgangs 1939 — 2237 männlichen, 2099 weiblichen Geschlechts, davon 249 bereits verheiratet — eingeladen worden waren.

Etwa 1800 mögen der Einladung des Stadtrates Folge geleistet haben. Die beiden Redner — Stadtpräsident Dr. Landolt und Dr. Heiner Gautschy, New Yorker Korrespondent des schweizerischen Landessenders Beromünster, konnten nicht umhin, auf die Frage des Frauenstimmrechts einzugehen. Der Stadtpräsident legte den Jungbürgerinnen ans Herz, sie möchten auch ohne Stimmrecht sich an der Stauffacherin ein Beispiel nehmen und sich für das politische, wirtschaftliche und soziale Geschehen interessieren. Dr. Gautschy bedauert es ausserordentlich, dass die Frauen hierzulande noch keine vollwertigen Bürgerinnen sind, und er forderte die Jungen auf, sich politisch zu interessieren und durch ihre Lebhaftigkeit und Frische unsere alte Demokratie, eine Staatsform des langsamen, mitunter allzu langsamen Erdauerns und Reifens (Frauenstimmrecht!) zu beleben; er forderte ebenfalls auf, an der aktiven Gestaltung Europas im Rahmen des Möglichen mitzuwirken. — Dann wurde das Heimatbuch verteilt, das für die Junbürger und Jungbürgerinnen ein ausgezeichnetes staatsbürgerliches Bildungsmittel ist und einer aufmerksamen Lektüre wert.

Dein Weg zum Beruf

Der Verlag Otto Walter, Olten gibt eine Schriftenreihe heraus „Dein Weg zum Beruf“. Bis jetzt ist erschienen „Das Studium an der philosophisch-historischen Fakultät“ und „Die bautechnischen Berufe“. In Vorbereitung sind Ueberblicke über sämtliche Studienrichtungen und akademischen Berufe in der Schweiz. Die Bändchen sind übersichtlich und modern gestaltet und entsprechen einem Bedürfnis; es wird darin eine objektive Behandlung der Berufsrichtungen und Einzelberufe angestrebt. Vor der Berufswahl stehende junge Menschen, Eltern und Erzieher finden darin viel Wissenswertes.

Kantonaler Vorstoss für Erweiterung der Frauenrechte

(BSF) Im Grossen Rat des Kantons Luzern wurde eine Motion eingereicht, die eine Aenderung der Staatsverfassung und einiger Gesetze anregte, um so die Wählbarkeit der Frauen in die Vormundschaftsbehörden, in das Obergericht, das Kriminalgericht und die Amtsgerichte zu ermöglichen. Justizdirektor Muheim erklärte, die Regierung wünsche das Frauenstimmrecht von unten nach oben, von der Gemeinde zum Kanton und zum Bund zu fördern und wies auf die Vorlage hin, die den Gemeinden die Möglichkeit zur Einführung des Frauenstimm- und -wahlrechts verleihen soll. Nach längerer Diskussion wurde die Motion mit 78 gegen 63 Stimmen abgelehnt.

Redaktion: Frau Dr. phil. L. Benz-Burger, Richard Wagner-Str. 19, Zürich 2, ☎ 23 38 99

Sekretariat: Frau M. Peter-Bleuler, Butzenstrasse 9, Zürich 2/38, Telefon 45 08 09

Postcheckkonto des Frauenstimmrechtsverein Zürich VIII 14151

Druck: A. Moos, Ackersteinstrasse 159, Zürich 10/49, Telefon 56 70 37